

Irak: Grüne und Jacques Poos drängen auf diplomatische Lösung

Gegen das "Säbelgerassel im Kampf um das schwarze Gold" sprechen sich "Déi Gréng" in einer Stellungnahme aus. Während die UNO-Waffeninspektoren im Irak bei ihrer Suche nach Massenvernichtungswaffen erfolglos geblieben sind, laufen die Kriegsvorbereitungen auf vollen Touren. Anders im Fall Nordkorea: Obwohl dieses Land sein ziviles und militärisches Atomprogramm wieder aufgenommen habe, gäben sich die USA betont diplomatisch. Diese heuchlerische Haltung zeige, dass der wahre Grund für das Kriegsgebaren der USA nicht in der angeblichen Bedrohung durch Saddam Hussein zu suchen sei, sondern in den beachtlichen Ölreserven Iraks. Einmal mehr werde deutlich, "wie fatal unsere Abhängigkeit von den fossilen Energiequellen ist und wie nötig ein Umdenken in Sachen Energiepolitik ist."

Ebenfalls für eine diplomatische Lösung im Irak-Konflikt haben sich dieser Tage rund 100 Europaabgeordnete ausgesprochen: In ihrem Aufruf fordern sie die Aushandlung eines globalen Friedensplans für den Nahen und Mittleren Osten und drängen auf eine Verstärkung der Rolle der UNO. Von Luxemburger Seite wird der Appell neben dem Grünen Claude Turmes von Ex-Außenminister Jacques F. Poos (LSAP) mitgetragen.

Europa braucht kein Atomrisiko

Der EU-Abgeordnete Claude Turmes widerspricht den jüngsten Feststellungen von EU-Energiekommissarin Loyola De Palacio, Atomenergie sei unabdingbar für die Energiezukunft der EU, insbesondere wegen der hohen Abhängigkeit von Importen aus Drittländern. Turmes sieht die Bedeutung der Atomenergie an der Energieversorgung als total überschätzt. Weltweit werden nicht einmal sechs Prozent der Energie in Atomkraftwerken hergestellt, in der EU sind es knapp 15 Prozent. Auch wenn die Abhängigkeit der EU von Energieimporten eine wichtige Frage ist, etwa wenn die EU mehr als die Hälfte ihrer Erdölimporte aus der Golfregion beziehe, sei es unrealistisch zu meinen, man könnte diese Abhängigkeit durch einen Ausbau der Atomkraft in der EU abbauen. Nur ganze drei Prozent des in der EU verbrauchten Erdöls wird zur Stromproduktion eingesetzt, während mehr als 70 Prozent des Erdölverbrauchs im Transportbereich entsteht. Die restlichen 25 Prozent Erdöl werden zum Beheizen der Häuser eingesetzt. "Statt ihr Amt zu missbrauchen, um sich als Atomlobbyistin zu betätigen, täte die Kommissarin besser daran, die richtigen Alternativen zur hohen Importabhängigkeit von Erdöl zu fördern: eine Neuorientierung der EU-Transportpolitik hin zu mehr öffentlichem Transport", meint Claude Turmes. Wenn diese Politik noch kombiniert werde mit dem Einsparen von Energie im Hausbau und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, dann nimmt die Abhängigkeit der EU von Krisenregionen ab und die Umwelt wird geschützt.

Regierung gegenüber Flüchtlingsrat gesprächsbereit

"Das Recht auf Asyl ist eine wichtige Sache", stellt Justizminister Luc Frieden am vergangenen Mittwoch während des Neujahrsempfangs in seinem Ministerium fest und fügte hinzu: "Es darf aber nicht missbraucht werden." Der CSV-Politiker unterstrich damit seine harte Haltung in der Diskussion um die geplante Abschiebung mehrerer hundert abgelehnter AsylbewerberInnen. Der Luxemburger Flüchtlingsrat hatte nach den ersten Abschiebungen Anfang November die mangelnde Dialogbereitschaft des Ministers beklagt und eine Vermittlungsperson der Regierung gefordert. Die Asti demonstrierte am 6. Dezember vor dem Sitz von Premierminister Jean-Claude Juncker, der daraufhin ein Gespräch in Aussicht stellte. Nun ist eine weitere, für heute vorgesehene Demonstration abgesagt worden, da eine Regierungsdelegation ein Treffen mit dem Flüchtlingsrat vereinbart hat. Das sollte kommenden Dienstag stattfinden, ist aber nach den Worten des Asti-Präsidenten Serge Kollwelter auf den 27. Januar verschoben worden.

EUTHANASIE

Liberales Dilemma

"Ein Kompromiss, der keiner ist": Mit dem Beschluss der parlamentarischen Ethikkommission in Sachen Sterbehilfegesetz hinkt Luxemburg seinen belgischen NachbarInnen hinterher.

(sk) - Die Benelux-Staaten gelten als fortschrittlich in Sachen Sterbehilfe - bis auf Luxemburg. Nachdem das niederländische Parlament vor zwei Jahren ein Gesetz beschloss, das aktive Sterbehilfe erlaubt, folgte im vergangenen Jahr Belgien: Im Nachbarland ist die Tötung auf Verlangen für unheilbar kranke Menschen seitdem straffrei. Allerdings schreiben die beiden Gesetz strenge Regeln vor und wurde in Zusammenhang mit einem Gesetz zur verbesserten Pflege todkranker PatientInnen verabschiedet. In Luxemburg wurde hingegen ein Gesetzesvorschlag der beiden Chamber-Abgeordneten Jean Huss (Déi Gréng) und Lydie Err (LSAP) abgelehnt.

Für ein Gesetz zur aktiven Sterbehilfe gebe es zurzeit keine Mehrheit, erklärte Jean-Paul Rippinger (DP), Präsident der parlamentarischen Ethikkommission, am Dienstag gegenüber der woxx. Die Kommission hatte sich wenige Stunden zuvor auf einen "Kompromiss" (Rippinger) geeinigt: Demnach soll die Palliativmedizin ausgebaut werden, passive Sterbehilfe leistende Ärzte sollen straffrei bleiben und ein so genanntes Sterbetestament gesetzlich verankert werden.

Für Jean Huss ist der besagte Kompromiss gar kein Kompro-

miss. In Wahrheit hätten die Liberalen ihrem großen Koalitionspartner CSV nachgegeben: "Die Liberalen wollten schon, durften aber nicht", sagte der Grünen-Abgeordnete im Gespräch mit der woxx und fügte hinzu: "Solange die CSV an der Regierung ist, gibt es keine Lösung in Sachen aktiver Sterbehilfe."

Thema nicht vom Tisch

Ein Konsens herrscht nur in der Palliativmedizin. Die Depenalisierung der passiven Sterbehilfe - die inoffiziell längst praktiziert wird - und die Einführung eines "Sterbetestaments" sind zwar nach den Worten Rippingers "ein wichtiger Schritt nach vorn", im Vergleich zu den liberalen Gesetzen in Belgien und den Niederlanden bleibt Luxemburg dabei jedoch auf halbem Weg stehen. Begreift man die aktive Sterbehilfe als eine Etappe hin zu mehr Selbstbestimmung des Individuums - einem Grundprinzip des Liberalismus, dem die DP als liberale Partei eigentlich verpflichtet sein müsste -, kommt der so genannte Kompromiss durch seine konservative Prägung eher einer Niederlage gleich.

Die liberale Duftmarke, das "Sterbetestament", in dem die PatientInnen ihren Willen hinsichtlich ihres Lebensendes aus-

drücken können, entpuppt sich schnell als Luftnummer: Ein Todkranker kann zwar darin - rein theoretisch - eine aktive Sterbehilfe verlangen, praktiziert werden darf diese aber nicht, das heißt: Das Individuum darf zwar seinen Wunsch nach Selbstbestimmung äußern, selbst bestimmen darf es aber nicht.

Dass es aber nicht nur um ein liberales Dilemma geht, sondern um eine gesellschaftliche und politische Frage, die in vielen europäischen Ländern noch längst nicht geklärt ist, zeigt das jüngste Beispiel aus Frankreich. Dort wandte sich Mitte Dezember ein 19-Jähriger, der nach einem Autounfall völlig gelähmt ist, in einem offenen Brief an Staatspräsident Jacques Chirac - mit der Bitte sterben zu dürfen. Aktive Sterbehilfe ist jedoch in Frankreich nicht erlaubt und gilt als Mord, obwohl laut Umfragen 88 Prozent der Franzosen die Sterbehilfe befürworten.

"So etwas kann man nicht in ein Gesetz fassen", sagte der französische Gesundheitsminister Jean-François Mattei kürzlich. Und der DP-Politiker Rippinger meint, eine Straffreiheit der Euthanasie sei laut Koalitionsvereinbarung nicht durchsetzbar. Zudem könne er nicht einem Gesetzesprojekt zustimmen, das vorsieht, dass eine Kommission darüber entscheidet, ob ÄrztInnen bei der Sterbehilfe gesetzeskonform handeln.

Für Jean Huss, seit Jahren vehementer Verfechter der aktiven Sterbehilfe, ist das Thema noch nicht vom Tisch, erst recht nicht im nächsten Wahlkampf.

KINDERARMUT

Armut ist jung

Es ist noch nicht lange her, da galten ältere Frauen sowie Dauerarbeitslose als die Gruppen, die am stärksten von Armut bedroht sind. Inzwischen verjüngt sich das Gesicht der Armut.

(ik) - Kinderarmut wird in Luxemburg mehr und mehr zum Thema. Diese Vermutung jedenfalls legen Veröffentlichungen nahe, die im vergangenen Herbst/Winter hierzulande erschienen sind. "Regards sur la pauvreté au Grand-Duché de Luxembourg", so lautete der Titel einer Publikation, welche die Caritas bereits Anfang Oktober vergangenen Jahres veröffentlicht hat. Auf über 70 Seiten hatte die Soziologin und Mitarbeiterin der Caritas-Sektion "Cohésion sociale/pauvreté", Nathalie Georges, wissenschaftliche Informationen und Überlegungen rund ums Thema Armut zusammengetragen. Unter anderem stellte sie anhand von Daten des "Centre d'études de populations, de pauvreté et de politiques socio-économiques" (CEPS/ INSTEAD) fest, dass 1999 durchschnittlich rund zwölf Prozent der luxemburgischen Bevölkerung unter der 60-Prozentarmutsgrenze lebte, Kinder und Jugendliche dabei aber mit einer Armutsquote von 18 Prozent ein höheres Risiko zu verarmen tragen.

Ende Dezember dann setzte sich das CEPS/INSTEAD in Zusammenarbeit mit der Universität Nancy 2 mit der Kinderarmut in der Europäischen Union auseinander. Die ForscherInnen interessierte besonders die Wirksamkeit und Auswirkungen von staatlichen Transferleistungen

wie Sozialhilfe, Kindergeld, Wohnungsgeld etc. auf die Notlagen von Familien mit Kindern. In dieser Studie wurden auch Zahlen zu Luxemburg genannt (siehe woxx Nr. 674): Dank Sozialleistungen konnte die Armut bei Kindern von 7,6 Prozent auf 2,5 Prozent gesenkt werden - ein akzeptables Ergebnis. Deutschland beispielsweise liegt mit 9,6 Prozent Armut vor den Transfers und 6,5 Prozent, nachdem die Betroffenen die Leistungen erhalten hatten, deutlich darüber. Allerdings wurden die Zahlen im Zeitraum 1994-97 erhoben, also bevor die rotgrüne Regierungskoalition das Kindergeld aufgestockt hatte.

Armut ist multidimensional

Doch Armut ist mehr als ein geringes Einkommen. ExpertInnen aus aller Welt betonen inzwischen, dass materielle Unterversorgung nur ein Aspekt von Armut ist. Wer kein Geld hat, kann auch in anderen Lebensbereichen keine großen Sprünge machen. Oft geht Einkommensarmut einher mit Unterversorgungen in puncto Wohnung, Bildung oder Gesundheit.

Insbesondere die ersten beiden Dimensionen spielen auch im Großherzogtum eine Rolle. Die Caritas hatte bereits im vergangenen Frühjahr in einem Arbeitspapier zum "Plan d'action national contre la pauvreté et l'exclusion sociale" den Faktor Wohnungsnot hervorgehoben - mit all den unterschiedlichen Auswirkungen. Aufgrund der enorm hohen Preise für Miet- und Eigentumswohnungen können sich viele Familien längst

keine Unterkunft in Luxemburg-Stadt mehr leisten. Sie ziehen daher aufs Land und müssen für den Weg zur Arbeit dann oft schlechte Verkehrsverbindungen in Kauf nehmen. Auch der Kauf eines Autos schafft eher Probleme, als es löst: Abgesehen von der Umweltbelastung etwa bleiben Kinder, deren Eltern beide Geld verdienen müssen, durch längere Fahrzeiten auch länger ohne Betreuung.

Laut Caritas-Publikation tragen neben Jugendlichen unter 25 Jahren auch SchülerInnen und StudentInnen auf Arbeitssuche sowie allein Erziehende und Familien mit drei und mehr Kindern ein hohes Risiko zu verarmen. Eigentlich nichts Ungewöhnliches, denn fast in allen europäischen Ländern gelten diese Gruppen als besonders gefährdet.

Erstaunlich aber ist dennoch, dass die Autorin wenig Worte über die Nationalität der Betroffenen verliert. Dabei müsste doch bekannt sein, dass Armut - nicht nur von Kindern - meist auch kulturelle Aspekte hat. Eine in Deutschland erhobene Studie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus dem Jahr 2000 zur Kinderarmut bestätigt dies: Die Armutsquote von Kindern ohne deutschen Pass ist mit 40 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Kindern. Zudem besteht laut AWO auch ein Zusammenhang zwischen Armut, Nationalität und schlechter Ausbildung. LehrerInnen und SozialarbeiterInnen bestätigen Ähnliches für Luxemburg - allerdings sind diese Beobachtungen bislang nicht wissenschaftlich belegt.

